

# EU-Coronafonds – jetzt auch in Übersee

„Next Generation EU“ wird von den Mitgliedstaaten weiter intensiv angezapft. Gemeint ist der Subventionsfonds, den die Europäische Union im Zuge der Corona-Pandemie eingerichtet hat. „Next Generation EU“ wird komplett aus EU-Krediten finanziert und umfasst ein Rekordvolumen von 807 Mrd. Euro. Herzstück ist die „Aufbau- und Resilienzfähigkeit“ mit 724 Mrd. Euro. Diese 724 Mrd. Euro unterteilen sich einerseits in 386 Mrd. Euro, die die EU an interessierte Mitgliedstaaten als Kredit weiterreicht und andererseits in 338 Mrd. Euro reine Zuschüsse, die diese Mitgliedstaaten dann nicht zurückzahlen müssen – stattdessen alle EU-Bürger gemeinsam!

Diese 338 Mrd. Euro hat die EU entsprechend der Bevölkerungszahl und wirtschaftlichen Lage der Mitgliedstaaten aufgeteilt. Die größten Profiteure dieser Geldgeschenke sind Spanien und Italien. Darüber und über deren teilweise fragwürdige Mittelverwendung hat „Der Steuerzahler“ bereits berichtet.

Platz drei belegt Frankreich. Rund 40 Mrd. Euro der insgesamt 338 Mrd. Euro hat Brüssel dem Land zugesagt. Um diese Geldgeschenke zu bekommen, hatte Frankreich, wie jeder andere Mitgliedstaat auch, umfangreiche Projektpläne bei der EU-Kommission einzureichen. Doch gerade einer straffen Verwaltung wie der französischen fiel es nicht schwer, schnell und sehr viele förderfähige Projekte zu Papier zu bringen. Vor allem dann, wenn die Projekte vollständig von anderen bezahlt werden. So kam es, dass der EU-Coronafonds jetzt sogar Projekte in Übersee finanziert. Denn einige der ehemaligen französischen Kolonien gehören als La France d'outre-mer weiterhin zu Frankreich.

Nach unseren Recherchen haben bislang Französisch-Guyana, Guadeloupe und Martinique im karibischen Raum sowie Réunion und Mayotte im Indischen Ozean Subventionen aus dem Coronafonds erhalten. Das betrifft insbesondere die Projektbereiche Gebäudesanierung, Elektromobilität und Digitalisierung.

Französisch-Guyana ist beispielweise bekannt für seinen Weltraumbahnhof. Weniger bekannt dürfte sein, dass Frankreich keine Bedenken hatte, dort energetische Sanierungen an einem Gebäude seines Verteidigungsministeriums mit 0,2 Mio. Euro aus dem EU-Coronafonds zu bezuschussen. In Réunion flossen sogar 21 Mio. Euro aus „Next Generation EU“ in die Sanierung gleich mehrerer Regierungsgebäude.

Aber auch für Privathäuser und Wohnungen gibt es über das französische Programm „MaPrimeRénov“ geschenktes Geld von „Next Generation EU“. Bis zu 20.000 Euro pro Wohnung für bessere Dämmung und Heizungen etc. können beantragt werden. Mehrere Tausend dieser Zuschüsse sind inzwischen aus Brüssel in die französischen Überseegebiete geflossen.

Digitalisierung ist ein weiteres Schlagwort, das sich bestens eignet, um Subventionen durchzusetzen. „Digitales Upgrade für Firmen“ ist ein Projekt, das Frankreich erdacht hat, „Digitalberater“ ein anderes. „Digitales Upgrade für Firmen“ soll die Digitalisierung von Geschäftsprozessen fördern und umfasst 345 Mio. Euro aus dem EU-Coronafonds. Mehr als 3.500 französische Unternehmen haben bereits

zugriffen, darunter sogar eine Handvoll in den französischen Überseegebieten. Mit weiteren 250 Mio. Euro aus „Next Generation EU“ lässt sich Frankreich die Ausbildung und den Einsatz von 4.000 „Digitalberatern“ bezahlen, die dann vor Ort Bürgern und Kommunen unter die Arme greifen sollen. In Übersee sind nun dank des EU-Coronafonds rund 250 „Digitalberater“ unterwegs.

Kaufprämien für E-Fahrzeuge sind auch im Angebot. „Next Generation EU“ schenkt Frankreich hierfür knapp eine Milliarde Euro. Das ermöglicht eine Kaufprämie von bis zu 5.000 Euro für Privatpersonen und bis zu 3.000 Euro für Firmen. Hunderttausende Bürger und Betriebe haben in Frankreich bereits dankbar zugriffen. In den französischen Überseegebieten gab es bislang rund 3.000 Kaufprämierungen, davon allein 1.800 in Réunion.

Um nicht missverstanden zu werden: Niemandem ist es zu verdenken, großzügige Geldgeschenke wie diese anzunehmen. Doch früher oder später werden Zins und Tilgung für die dafür aufgenommenen EU-Kredite fällig. Und dann wird – im wahren Sinne – die „Next Generation“ zu Kasse gebeten. Insofern ist es politisch höchst fragwürdig, dass Frankreich sich nicht scheut, mit EU-Geldgeschenken und unter dem Deckmantel der Corona-Pandemie sogar Sanierungen eigener Regierungsgebäude in Übersee, E-Autos auf Inseln im Indischen Ozean und „Digitalberater“ in der Karibik zu bezahlen.

*Matthias Warneke, warneke@steuerzahlerinstitut.de*

